Dienstag, 6. November 1923. **Einzelnummer 8000 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 252.

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 105 000 in den Ausgabestellen 107 000 durch Zeitungsboten 108 000 am Postamt inkl. Postgebühren ... 115 800 ins Ausland 150 000 poln. M. in deutscher Währ. nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 3000.— M. Reklameteil 8000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 3000.— p. M. „ Reklameteil 8000.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Stimmung im Lande.

Aus Warschau wird gemeldet, daß die Streikstimmung im Staate sich nur schwach bemerkbar macht. etwas stärker teilweise in Warschau und den nächsten Industriezentren Żyrardów und Próżzkow, sowie in Krakau und dem Krakauer Industriegebiet. Einzelne Wojewoden haben Aufrufe erlassen, in denen sie die Bürger auffordern, Ruhe zu bewahren und die Arbeit nicht zu unterbrechen. Aehnliche Aufrufe sind auch von seiten vieler Organisationen in einzelnen Wojewodschaften erlassen worden. In der Wojewodschaft Kielce sind stärkere Streikbestrebungen bisher nicht beobachtet worden, ebenso in der Wojewodschaft Lublin, in der jedoch die Agitation stärker ist. Unlust zum Ausstande soll in den Wojewódschaften Białystok, Wolhynien, Polesie, Nowogródek, und in dem Wilnaer Lande herrschen. Stark agitiert wird in den Wojewodschaften Tarnopol, Stanisławów und Lemberg. In der Wojewodschaft Lodz herrscht Ruhe. Die nationale Arbeiterpartei in der genannten Wojewodschaft soll sich, wie in der schlesischen Wojewodschaft, gegen den Streik erklärt haben. In den Wojewodschaften Pommerellen und Posen ist die Lage ruhig. Die allgemeine Lage im Staate gibt zu Befürchtungen keinen Anlaß. Doch hat die Regierung im Zusammenhang mit der Streikagitation die nötigen Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. Sie sichert allen Arbeitswilligen freie Ausübung ihrer Beschäftigung zu und wird gegen alle Versuche, Unruhe und Verwirrung zu stiften, rücksichtslos vorgehen. Ferner stellt sie den Anstalten und Unternehmungen öffentlicher Nutzbarkeit technische Hilfe und Schutz in Aussicht.

Ein Aufruf des polnischen Eisenbahnerverbandes.

Der polnische Eisenbahnerverband in Warschau hat am 3. November einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: „Seit einer Woche herrschen in Polen Ausstände, durch die die Umstürzler unter Ausnutzung der schwierigen Lage des Landes und der Eisenbahnangestellten das Land systematisch anarchisieren wollen, um uns in eine hoffnungslose Not zu bringen. Der Hauptvorstand des polnischen Eisenbahnerverbandes hat bereits alle seine Mitglieder dazu aufgerufen, in der schwierigen Lage des Staates ihre bürgerliche Pflicht zu erfüllen. Da die Klassenverbände die Absicht haben, von neuem den Streik zu proklamieren, fordert der Hauptvorstand des polnischen Eisenbahnerverbandes seine Mitglieder nochmals auf, die Arbeit nicht niederzulegen. Er wird im Verständnis für die schwierige materielle Lage der Eisenbahner die Besserung ihrer Existenz im Auge haben. Durch Ausstände und Unruhen muß sich die Lage der Eisenbähner entschieden verschlechtern.“

Die Verhinderung des Generalstreiks.

Im Zusammenhang mit den Beratungen der Regierung über die Ausstände erfährt der „Kurjer Poznański“, daß die Regierung von den Sozialisten den Abruf des angekündigten Generalstreiks verlangt hat. Unter dieser Bedingung und bei völliger Beendigung der noch bestehenden Ausstände sollen die proklamierten Standgerichte in Krakau beseitigt werden. Die Regierung will nach Beilegung der Ausstände in den Grenzen der finanziellen Möglichkeit alles tun, um den Staatsangestellten ihre schwierige Lage zu erleichtern.

Ende des Ausstandes im Bergwerksbezirk Sosnowice.

Aus Sosnowice meldet man, daß der Streik in der Bergindustrie beigelegt worden ist. Den Arbeitern wurden 65 v. H. für die zweite Hälfte des Oktober bewilligt.

Die Poststreiks.

Die Tätigkeit im Krakauer Post-, Telegraphen- und Telephonamt vollzieht sich in ganz normaler Weise. Es wird an den Rückständen gearbeitet. Das städtische Telephonnetz ist zu zwei Dritteln tätig.

Der Poststreik in Kattowitz und Königshütte wird als beendet betrachtet. In Schoppinitz sollen sich ungefähr 10 niedere Postfunktionäre nicht zur Arbeit eingestellt haben.

Wichtige Verhandlungen über Minderheitenfragen.

Am Freitag traf der Direktor der Abteilung für Nationale Minderheiten im Hauptsekretariat des Völkerbundes, Colban, in Warschau ein. In den Vormittagsstunden wurde Colban vom Außenminister Dmowski, nachmittags vom Außenvizeminister Marjan Seyda empfangen, mit dem er längere Zeit über Minderheitenfragen konferierte, die Gegenstand der Beratungen vor dem Ständigen Internationalen Schiedsgericht im Haag und im Völkerbundsrat waren.

Austritt der Sozialdemokraten aus der deutschen Regierung

Bayrisch-thüringischer Grenzkrieg. — Der Belagerungszustand bleibt.

Die Krise der großen Koalition ist zum Ausbruch gekommen. Die Verhandlungen, die im Verlauf des Freitag vormittag zwischen den Führern der Koalitionsparteien geführt wurden, um eine Einigung zu erzielen über die Forderungen der Sozialdemokraten, die Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes und ein scharfes Vorgehen gegen Bayern verlangten, sind gescheitert. Die Bemühungen der Demokraten und des Zentrums zur Herbeiführung einer Einigung wurden von der Deutschen Volkspartei abgelehnt, und diese Haltung war auf die Entscheidung des Reichskabinetts von großem Einfluß. In dreistündiger Beratung kam das Kabinett — dem der von seinem Unwohlsein wiederhergestellte Dr. Stresemann präsidierte — am Sonnabend zu dem Entschluß, die sozialdemokratischen Forderungen abzuweisen.

Im Kabinettsrat hatten die Sozialdemokraten versucht, die Notwendigkeit einer Aufhebung des Ausnahmezustandes nachzuweisen, und hatten vor allem auf die unmittelbar bevorstehende Gefahr der in Nordbayern stehenden Kampfverbände hingewiesen. Der Reichskanzler sowohl wie der Reichswehrminister Dr. Geßler erklärten, daß eine Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes in diesem Augenblick durchaus unmöglich sei.

Nach Beendigung des Kabinettsrates empfing Dr. Stresemann die Führer der Sozialdemokraten, die Abgeordneten Hermann Müller, Wels, Dittmann und Breitscheid, und erklärte ihnen die Unmöglichkeit ihrer Forderungen aus grundsätzlichen wie auch aus sachlichen Gründen. Grundsätzlich erklärte er, daß die Reichsregierung sich nicht dem Vorwurf aussetzen könnte, ihre Politik nach den Forderungen einer einzelnen Partei festzulegen und vor allem nicht den Anschein erwecken wolle, daß sie unter sozialdemokratischem Druck gegen Bayern vorgehe. Der Kanzler glaubte, daß durch ein solches Vorgehen die innere Krise unheilbar verschärft werde. In jeder Hinsicht erklärte er die Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes mit Rücksicht auf die kommunistischen Schwierigkeiten und die von den Sozialdemokraten selber als gefährlich bezeichneten Ansammlungen der Verbände in Nordbayern, für unmöglich.

Nach dieser Mitteilung begaben sich die sozialdemokratischen Führer sofort in die Sitzung ihrer Fraktion. Hermann Müller referierte in der sozialdemokratischen Fraktion über die Haltung des Kabinetts, worauf noch der Reichsminister des Innern Sollmann die politische Situation darlegte. Die Debatte war sehr kurz. Es war keine Stimme laut geworden, die für ein weiteres Verbleiben in der Koalition eintrat. Mit entschiedener Mehrheit von 110 gegen 17 Stimmen wurde beschlossen, die sozialdemokratischen Reichsminister abzuberufen. Um 6 Uhr abends begaben sich die drei Minister, der Innenminister Sollmann, der Justizminister Radbruch und der Wiederaufbauminister Schmidt, zu Dr. Stresemann und erklärten ihm ihren Rücktritt.

Im Anschluß daran fand eine Sitzung des durch das Ausscheiden der Sozialdemokratie übriggebliebenen Rumpfkabinettes statt, in der beschlossen wurde, die Regierungsgeschäfte bis auf weiteres fortzuführen. Sonnabend abend 8 Uhr begab sich Dr. Stresemann zum Reichspräsidenten, um ihn über die Lage zu unterrichten.

Die Rückwirkung auf Sachsen.

Der Austritt der Sozialdemokraten aus der großen Koalition wird auch auf Sachsen eine starke Rückwirkung haben. Die nächsten Tage schon dürften zeigen, ob nicht das Kabinett Fellisch stürzt, ehe es zu regieren begonnen habe.

Feuergefechte an der Südgrenze Thüringens

Schon seit einigen Tagen sammeln sich an beiden Seiten der bayerisch-thüringischen Grenze bewaffnete Kampfformationen an. Auf der bayerischen Seite sind es Nationalisten, auf der thüringischen Seite „Grenzschutz“, d. h. kommunistische „rote Hundertschaften“. Man schätzt die Stärke der bayerischen Abteilungen, die in unmittelbarer Verbindung mit dem Hauptquartier der Nationalsozialisten in München stehen, auf 10000 Mann Infanterie, nach anderer Meldung auf 2 bis 3 Regimenter; ferner spricht man von Artillerie und verschiedenen speziellen Waffengattungen, wie Minenwerfern. Bereits werden des öfteren Schüsse über die Grenze gewechselt. Von sozialdemokratischer Seite aus wird behauptet, daß es sich um einen von den Rechtsradikalen in München und Berlin geplanten Putsch handle, der in den Tagen um den 9. November, in denen 1918 die Revolution stattfand, getätigt werden solle. Die Reichsregierung wurde angeblich von dritter Seite darauf aufmerksam gemacht, daß die illegalen Verbände mit dem sofortigen Einmarsch über die thüringische Grenze und dem weiteren Vormarsch nach Berlin drohen, falls nicht sofort im Reiche eine reine Rechtsregierung nach dem Muster der Diktatur des Herrn von Kahr in Bayern gebildet wird. Innerhalb der Reichsregierung sollen über diese Gefahr Beratungen stattgefunden haben.

Sollmanns letztes Telegramm.

Der sozialdemokratische Reichsminister des Innern, Sollmann, hat noch am Freitag an den bayerischen Ministerpräsidenten von Knilling folgendes Telegramm gerichtet:

Die preußische und die thüringische Staatsregierung erhoben bei mir entschiedene Vorstellungen wegen der Konzentration irregulärer Truppen an der nordbayerischen Grenze. Amtlich sind verhältnismäßig bedeutende Truppenverbände mit schweren Waffen und auch Geschützen festgestellt. Amtliche Meldungen sprechen von Grenzüberschreitungen auf thüringisches Gebiet und Schüssen auf die thüringische Grenzpolizei. Die preußische und die thüringische Staatsregierung sind besorgt wegen der Bedrohung ihrer Länder durch die irregulären Truppen und verlangen schleunigst Schutz von der Reichsregierung. In ganz Mitteldeutschland herrscht große Beunruhigung wegen dieser Vorgänge. Ich ersuche deshalb im Interesse des Reiches um baldige Aufklärung über diese Vorgänge in Nordbayern und über die Maßnahmen der bayerischen Regierung gegen diese große innerpolitische Gefahr.

Stresemann, Bayern und die Sozialdemokratie.

In Deutschland befindet sich gegenwärtig innenpolitisch alles im Flusse. Infolge der außenpolitischen Unklarheit der Lage und der Schwierigkeiten des parlamentarischen Systems ist auch die Zukunft des Landes auf wirtschaftlichem Gebiete sowie seine künftige Verfassung in Dunkel gehüllt und vor allem die Frage der Reichseinheit ungelöst.

In Sachsen scheint ein vorläufiger Abschluß erreicht zu sein. Gegenüber dem sächsischen Freistaat, in dem eine halb sozialistische, halb kommunistische Regierung in einer Weise regierte, die für einen Teil der Staatsbürger Unsicherheit und Bedrohung durch die Volksmasse brachte und die sächsische Industrie lähmte, hat sich der Reichskanzler Dr. Stresemann zur Tat aufgerafft. Die Reichswehr besetzte das Land, um geordnete Zustände herzustellen. Das Kabinett Dr. Zeigners wurde für abgesetzt erklärt und ein Reichskommissar in der Person des Dr. Heinze ernannt. Dieser ließ in Dresden den Landtag zu dem einzigen Zwecke zusammentreten, um einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Auch dieser, namens Fellisch, ist ein radikaler Sozialist und die Bezeichnung „Sowjetsachsen“ wird wohl vorläufig ihre Berechtigung noch nicht verlieren.

Die sächsischen Sozialdemokraten hatten ihren Kollegen im Reich und vor allem den Reichstagsabgeordneten, die heftigsten Vorwürfe gemacht, weil sie dieses Vorgehen ohne Protest zugelassen hatten. Diese Vorhaltungen verfehlten ihren Eindruck auf die Genossen in Berlin nicht. Bei der Sozialdemokratie herrschte überhaupt ein starkes Mißvergnügen, das verschiedene Ursachen hat. Der bayrische Generalstaatskommissar von Kahr hatte in öffentlichen Kundgebungen die heftigsten Angriffe gegen den Marxismus gerichtet. Karl Marx aber ist nun einmal der Schutzheilige der Sozialdemokratie, dessen Bild neben dem seines Freundes Engels bei jedem echten Genossen in der guten Stube hängt. Obgleich selbst sozialistische Theoretiker versichern, daß die Lehren von Karl Marx heutzutage wissenschaftlich überholt sind, steht und fällt doch in seltsam anmutendem Autoritätsglauben der zielbewußte Sozialdemokrat mit dem Namen Karl Marx.

Gewiß ist der Spruch richtig: „Gegen die Arbeiterschaft kann man heute richt regieren.“ Aber man darf die Arbeiterschaft nicht dem Marxismus gleich setzen. Ein Arbeiter kann selbstverständlich den verschiedensten Parteien angehören. Es gibt ja sogar einen deutschnationalen Arbeiterbund, der allerdings nicht gerade viele Anhänger zählt. Wenn sich nun der bayrische Diktator gegen die Reichsregierung wendet, weil diese zu sehr marxistischen Einflüssen unterliege, so zielt er damit natürlich auf die drei sozialdemokratischen Minister im Kabinett Stresemann. Da nun das Reich gegen Bayern bisher keineswegs nachdrücklich aufgetreten ist, fühlen sich die Sozialdemokraten verletzt und wollen aus der Regierung ausscheiden.

Andere Dinge, die auf die Genossen verstimmend wirken, sind der militärische Ausnahmezustand und wie schon gesagt, das Vorgehen gegen Sachsen. Was den letzteren Punkt anbetrifft, so ist ja inzwischen schon die Ausnahmeverordnung gegen dieses Land vom Reichspräsidenten zurückgenommen worden. Und die ganze innere Lage sieht nicht danach aus, als ob der militärische Ausnahmezustand so ohne weiteres wegfallen könnte. Dazu ist doch zuviel politischer Zündstoff vorhanden, und auch der fortschreitende Währungsverfall schafft dauernd eine mit Elektrizität geladene Atmosphäre.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Gegnerschaft gegen die „Genossen“ beständig im Wachsen ist. Bei der Novemberrevolution 1918 hatten sie ihre ganze Macht gezeigt. Bei den Reichstagswahlen 1919 fielen ihr Tausende von bürgerlichen Stimmen zu von Leuten, die von ihr den Anbruch einer neuen Zeit erwarteten. Vielfach nimmt man an, daß damals die Haltung der sozialdemokratischen Partei Deutschland vor dem Bolschewismus bewahrt habe. Aber lag hierin nicht gerade vom Parteistandpunkt aus eine Inkonsequenz vor?

Mehr und mehr wuchs das Gefühl der Enttäuschung, als die Partei in der Folgezeit vor fast allen Fragen versagte. In den letzten schweren Monaten steigerte sich das Mißtrauen der Bürgerlichen bis zu einem hohen Grade. Das Scheitern des sozialdemokratischen Finanzministers Dr. Hilferding in Stresemanns erstem Kabinett trug weiter zur Schwächung des Ansehens der Partei bei, und heute herrscht auch innerhalb der Koalition in weiten Kreisen, besonders der Deutschen Volkspartei, das Gefühl der Kritik vor. So ist anzunehmen, daß die bürgerlichen Parteien der Koalition kaum auf die Forderungen eingehen werden.

Allem Anschein nach treiben die Dinge zum Bruch. Was dann wird, wenn die Sozialdemokraten das Kabinett verlassen, weiß niemand. Manche rechnen mit einem Bleiben Stresemanns und Ersatz der sozialdemokratischen Minister durch parteilose Männer. Wenn aber das Kabinett nicht mehr von den Sozialdemokraten unterstützt wird, ist es auf die Deutschnationalen angewiese, numd bei diesen herrscht durchweg Abneigung gegen Stresemann. So ist kaum anzunehmen, daß die Deutsch-Nationalen eine vierte Regierung Strese-

manns dulden werden. Übrigens fällt mit dem Ausscheiden der „Genossen“ das Ermächtigungsgesetz, und ein neues Ermächtigungsgesetz ist dann überhaupt nicht mehr zu haben, da hierzu eine Zweidrittelmehrheit gehört. So wird sich Reichskanzler Stresemann die Frage vorlegen müssen, ob und wie er ohne Ermächtigungsgesetz und ohne Reichstagsmehrheit wird regieren können.

Zu dieser inneren Krise der Parteien kommt als zweite große Aufgabe für den Leiter der Reichsregierung die Krise der deutschen Einheit. Sachsen ist durch einen energischen Eingriff vorläufig gebändigt. Bayern aber verharrt in der einmal eingenommenen Haltung und will seinen Reichswehrgeneral trotz dessen Insubordination gegen den Chef der Reichswehr, General v. Seeckt, nicht absetzen. Damit ist noch nicht der Austritt aus dem Reichsverbande erklärt, aber immerhin vorbereitet, falls nicht durch eine Änderung der Reichsverfassung dem bayerischen Standpunkt Rechnung getragen wird. Zur Änderung der Reichsverfassung ist die Zustimmung von zwei Drittel des Reichstags erforderlich. Die Zweidrittelmehrheit ist aber nicht zu gewinnen ohne die Sozialdemokratie. Diese aber ist keinesfalls für eine Änderung der Reichsverfassung zu gunsten Bayerns zu haben. So ist man wieder im circulus vitiosus, aus dem es unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen keinen Ausweg gibt.

Gegenüber der bayerischen Frage ist der rheinische Separatismus vielleicht ein weniger schwieriges Problem. Durch die feindliche Besatzung sind Deutschland die Hände gebunden, und die Regierung muß sich auf Proteste in den Hauptstädten der Alliierten beschränken. Aber die ganze Bewegung ist ein Kunstprodukt, das wohl kaum für längere Zeit lebensfähig ist. Auch hier besteht ein Zusammenhang der Entwicklung mit der bayerischen Frage. Die offizielle Stellungnahme des bayerischen Diktators gegen die Sozialdemokratie — denn die ist doch nun einmal tatsächlich mit dem Marxismus identisch — hat dazu geführt, die Losreißungsbestrebungen in der linksrheinischen bayerischen Pfalz zu verstärken. Hier sind die „Genossen“ ziemlich dicht gesät. Einer ihrer Führer, Karl Hoffmann, der schon einmal in München ein paar Wochen Ministerpräsident gespielt hat (nach Eisners Ermordung), nahm die Sache in die Hand und trat in Unterhandlungen mit den Franzosen, um eine Autonomie der Pfalz im Rahmen des Reiches zu erlangen. Als jedoch die Franzosen daraus eine Losreißung vom Reich machen wollten, wandten sich die Vertreter des Landes von diesen Bestrebungen ab. Der französische General de Metz erklärte daraufhin, daß er sich an den Versailler Vertrag halte und von sich aus nichts unternehmen wolle. Eine solche korrekte Haltung eines französischen Kommandeurs bildet freilich eine große Ausnahme.

Es soll hier nicht eingehender über die separatistische Bewegung gesprochen werden. Man sieht im Westen die Franzosen an der Arbeit, um den Bau des Reiches zu zerstören. Die verschiedenen gegeneinanderwirkenden Kräfte im Inneren Deutschlands scheinen auf dasselbe Ziel zu gehen. Es bedarf einer festen Faust, um das Reichsgefüge zusammenzuhalten. Bismarck, der große Schöpfer der deutschen Einheit, wurde als Schmied dargestellt, der mit riesigem Hammer die deutschen Staaten zu einer eisernen Kette zusammenschmiedete. Jetzt wäre wieder eine Faust von Stahl und Eisen nötig, um die gelockerten Glieder der Kette von neuem zusammenzuschweißen.

Das Verschwinden der Monarchie hat einen wichtigen Faktor des Zusammenhaltes ausgeschaltet. An der Spitze der Reichsregierung steht ein herzkranker Mann. Stresemann ist ein ausgezeichneter Redner, ein geschickter Parteitaktiker. Aber diese Eigenschaften dürften heute nicht genügen, wo eine außerordentliche Zeit außerordentliche Kräfte fordert. Es erscheint fraglich, ob Stresemann seine schwierige Aufgabe wird meistern können. Er steht am Scheidewege: mit oder ohne Sozialdemokratie. Die Entscheidung ist am Sonnabend gefallen: ohne sie. Große Schwierigkeiten türmen sich nun auf. Es ist unmöglich, vor jeder ernsteren Entscheidung erst mit sämtlichen Parteiführern stundenlang zu beraten. Es ist ebenso unmöglich, den Reichstag über jede Maßnahme abstimmen zu lassen und dabei kostbare Zeit zu verlieren. Die gegenwärtige Notzeit besonders angesichts des weiteren Falles der Mark erfordert unbedingt einen Diktator, der ohne den schwerfälligen Apparat des Parlamentes das tut, was er für recht erkennt. Ob der herzleidende Stresemann dieser Rolle gewachsen ist oder ob es einen anderen Mann in Deutschland gibt, der die dazu nötige umfassende Sachkenntnis, die enge Verbindung mit der Wirtschaft und unbeirrbare Willenskraft in sich vereinigt, das kann erst die fernere Entwicklung ehren.

Aus Warschau.

Ministerpräsident Witos

hat Warschau verlassen und wird vom Vizepremier Korfanty vertreten. Dieser hat am Freitag abend den Abg. Kurylowicz von den Sozialisten zu sich gebeten und mit ihm eine Konferenz über den Eisenbahnerstreik abgehalten.

Eine politische Reise Seydas?

In Kreisen, die dem Außenministerium nahe stehen, ist das Gerücht verbreitet, daß Unterstaatssekretär Seyda sich nach Paris begeben soll, um dort aktuelle Fragen aus dem Gebiete der internationalen Politik mit der französischen Regierung zu besprechen.

Die Sonnabendsitzung des Senats

begann mit einer Interpellation des Senators Limanowski über die Beschlagnahme einer Nummer des „Robotnik“, in der ein Artikel über die Militarisierung der Eisenbahn stand.

Senator Szarski vom Nationalen Volksverband berichtete über das Gesetz über die Berechtigungen der Vollzugsorgane der Finanzbehörden. Das Gesetz wurde in dem vom Sejm vorgeschlagenen Wortlaut angenommen, mit Ausnahme des Abschnittes, der persönliche Revisionen einführt.

Großes Interesse rief die Angelegenheit der Haussuchung bei Senator Hasbach hervor. Senator Baliński vom Nationalen Volksverband erklärte im Namen des Geschäftsordnungsausschusses und des Rechtsausschusses, es könne keine Rede davon sein, daß eine solche Revision zulässig wäre, was selbst der Justizminister zugegeben habe. Senator Baliński schlug vor, die Erklärung des Ministers Nowodworski zur Kenntnis zu nehmen. Senator Posener von den Sozialisten brachte eine Reihe von Anträgen ein, in denen der Senat „die Tätigkeit der Gerichtsbehörden in Stargard brandmarkt und sich an die Regierung mit der Aufforderung wendet, die Gerichtsbehörden über die Pflicht der Respektierung der Verfassung zu belehren.“ Minister Nowodworski sagte, daß das Gericht in Thorn dem Senator Hasbach alle Akten zustellen werde. In der Abstimmung wurde der Antrag des Senators Baliński angenommen, während Poseners Anträge abgelehnt wurden.

Darauf nahm der Senat das Gesetz über den Schutz der Kleinpächter an, ferner das Gesetz, das die Gültigkeit des Gesetzes über den Erwerb von Immobilien durch Ausländer auf die schlesische Wojewodschaft ausdehnt, und die Novellisierung des Gesetzes über die Erbschaftssteuer. Die nächste Sitzung des Senats soll am Mittwoch, dem 14. November, stattfinden.

Polnisch-italienische wirtschaftliche Verhandlungen.

Am 30. Oktober ist Otto Vicenzi, Vertreter der italienischen Regierung in der Verkehrskommission in Wien, in Warschau eingetroffen, um mit der polnischen Regierung wirtschaftliche Verhandlungen zu führen. Am Tage der Ankunft fand eine Konferenz mit dem italienischen Regierungsvertreter im Eisenbahnministerium statt. Es nahmen von seiten des Eisenbahnministeriums Abteilungsleiter Gronowski, Ingenieur Lewenkron, Ingenieur Trepkowski und Dr. Boryński, von seiten des Außenministeriums Dr. Leon Pączewski teil.

Eine argentinische Gesandtschaft in Warschau.

Der Kongreß der argentinischen Republik hat beschlossen, in Warschau eine Gesandtschaft einzurichten. Der argentinische Gesandte wird zugleich diplomatischer Vertreter bei den Regierungen Rußlands, Finnlands und der Tschechoslowakei sein.

Der Dank des Senators Berenger.

Dem Senatsmarschall Trampczyński ging ein Schreiben des französischen Senatspräsidenten zu, in dem dieser den Dank des französischen Senats für die herzliche Aufnahme des Senators Berenger in Warschau ausspricht.

Selbstmord eines Beamten.

Am Sonnabend hat in Warschau dem „Przegląd Poranny“ zufolge, der 23jährige Magistratsbeamte Lukasz Daniewski versucht, sich das Leben zu nehmen. Er gab einen Revolverschuß auf sich ab und verletzte sich dabei schwer. Als Grund der Tat wird schwere materielle Not angegeben.

Vom Deutschtum in Polen.

Die Minderheitenschulen in Oberschlesien

bildeten den Hauptgegenstand der Beratungen des Schlesischen Sejm am 30. Oktober. Zu Beginn der Sitzung wurde ein Schreiben des Wojewoden bezüglich der deutschen Minderheitsschulen verlesen, worin der Wojewode bekanntgibt, daß in 63 Ortschaften Minderheitsschulen eingerichtet werden sollen. Die Verlesung dieses Schreibens gab Anlaß zu hitzigen Wortgefechten zwischen dem deutschen Sprecher, Abg. Szczeponik, und dem Abg. Brzoska, nach Korfantys Abgang der Führer des nationalen Blocks. Abg. Szczeponik gebrauchte oft recht scharfe Worte und wurde deshalb vom Sejmmarschall dreiaml zur Ordnung gerufen. Abg. Brzoska glaubte dem Deutschen Klub weise Lehren erteilen zu müssen, wie er hätte handeln sollen, wenn er die Gnade des Herrn Brzoska und seiner Genossen hätte finden wollen. Großen Eindruck machte auf die Versammlung die zündende Rede des Abgeordneten Ulitz, der dem Abg. Brzoska treffliche Seitenhiebe austeilte und das Verhalten des früheren Wojewoden Schultys, den man ob seines ewig zufriedenen Lächelns Einhart der Lächler genannt, brandmarkte. Er führte das nackte Recht vors Auge und bewies in welch unverantwortlicher Weise die Wojewodschaft gegen dieses Recht verstoßen hat. Am 1. September mußten nach dem Genfer Abkommen, das doch die Warschauer Regierung feierlichst unterzeichnet und der Warschauer Sejm und Senat ratifiziert haben, sämtliche Minderheitsschulen in Polnisch-Oberschlesien eröffnet werden. Es ist nicht eine einzige Minderheitsschule in der Wojewodschaft Schlesien bisher eröffnet worden. Sarkastisch klang seine Bemerkung, daß in einer Zeit, wo die polnischen Zeitungen sich nicht genug tun können in bitteren Klagen darüber, daß Kattowitz noch immer nicht polonisiert sei, die Schulabteilung sich dazu hergegeben habe, der Welt eine Tragikomödie zu liefern, indem sie von den 2714 rechtzeitig gestellten Anträgen nur 111 gelten ließ, — vielleicht um das Ausland glauben machen zu wollen, die Stadt Kattowitz sei binnen wenigen Monaten eine völlig polnische Stadt geworden. Kein Wunder, daß Fremde, die in Kattowitz sich etliche Stunden nur aufgehalten, die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, daß man sie über Kattowitz vollkommen falsch orientierte, als man ihnen vorerzählte, Kattowitz sei über Nacht eine vollkommen polnische Stadt geworden. Von den anwesenden Herren der Schulabteilung fand sich niemand bereit, auf die schweren deutschen Vorwürfe eine Antwort zu erteilen, obwohl der Abg. Ulitz die Herren direkt dazu aufforderte. Dagegen setzten sich die polnischen Sozialdemokraten mit Nachdruck für den deutschen Antrag ein. Ihr Führer Biniszkiewicz wandte sich an die Adresse des Okazistenvereins (Westmarkenvereins) und des Verbandes der Aufständischen und gab deren Mitgliedern zu verstehen, daß ihre Demonstrationen die polnischen Sozialisten keineswegs einschüchtern würden, für das Recht zu stimmen. Die Stellung seines Klubs habe sich seit dem 3. Oktober nicht verändert.

Der Antrag des nationalen Blocks auf Überweisung der deutschen Resolution an die Schulkommission zwecks Überprüfung der deutschen Beschwerden wurde abgelehnt. Dabei zeigte es sich, daß die Abgeordneten von der N. P. R. im Gegensatz zu ihren Warschauer Kollegen stramm mit den Leuten vom nationalen Block mitmarschieren und deren Politik nach allen Regeln der Kunst mitverfechten helfen. Die Erklärung des Wojewoden wurde mit 21 gegen 19 Stimmen angenommen.

Beschlagnahme von Räumen in einem evangelischen Pfarrhaus.

Die „Wirsitzer Zeitung“ berichtet:

Die evangelische Pfarrstelle der Kirchengemeinde Wirsitz ist zurzeit verwaist, die Stelle aber seit Wochen ausgeschrieben. Von den Bewerbern hat Herr Pfarrer Lünse bereits am letzten Sonntag seine Probepredigt gehalten. Die Wahl hat am 1. November stattgefunden. Am 31. Oktober wurde dem Kirchenvorstand zwischen 10 und 11 Uhr abends ein Schreiben des Magistrats vorgelegt, wonach drei Zimmer der leerstehenden Pfarrerwohnung im evangelischen Pfarrhause beschlagnahmt und sofort bezogen werden sollten. Da der 1. November — Allerheiligen — ein hoher katholischer und gesetzlicher Feiertag ist, auf den die Bestimmungen für die Sonntagsruhe Anwendung finden und an dem auch die Behörden geschlossen sind, konnte nichts weiter unternommen werden. Im Laufe des Abends wurden die Zimmer trotz ausdrücklichen Einspruchs des Kirchenvorstandes und Nichtherausgabe der Schlüssel gewaltsam geöffnet und durch den Oberwachtmeister Mieczolkowski von Wirsitz bezogen. Nichtachtend der gesetzlichen Feiertagsruhe wurde der Umzug des Abends bewerkstelligt, wozu auch noch bedauerlicherweise die Verwaltung des Remontedepots Wirsitz Leute und Gespanne zur Verfügung stellte.

Artikel 6 des noch geltenden Gesetzes vom 4. April 1922 schreibt in Ziffer 1 ausdrücklich vor, daß der Beschlagnahme nicht

---

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(36. Fortsetzung.)

„Ich denke, Sie wollen davon reden, wie Sie mir helfen können?“

„Ich mußte das vorausschicken.“

„Um mich gefügig zu machen, ich verstehe.“

Störtebecker warf einen nervösen Blick zu ihr hinüber.

„Nun also. Obgleich die Lage des Hauses eine verzweifelte ist, und wir auch sehr besorgt sind, ob nach der unseligen Tat Ihres Vaters — —“

„Die vorläufig nur in einer Annahme besteht.“

„— — eine Sanierung und ein Wiedergewinnen des Vertrauens noch möglich sind, haben einige Geschäftsfreunde, zu denen der Senator Hildebrand, der Kommerzienrat Haverkamp und der Baurat Hagenau gehören, also lauter vertraute Freunde Ihres Vaters, beschlossen, Ihnen mit mir zusammen zu helfen, und mich beauftragt, mit Ihnen zu sprechen. Wir sind bereit, heute oder morgen die Firma trotz allem zu kaufen.“

„Aha.“

„Jawohl, zu kaufen.“

„Und welche Bedingungen stellen Sie mir?“

„Sie wissen, daß wir zunächst am Ersten zwölf Millionen zu zahlen hätten, um Wislizenus zu befriedigen. Mehr ist die Firma gewiß nicht wert durch den Verlust des ‚Porfirio Diaz‘, den der Leichtsinn Ihres Vaters verschuldete.“

„Den Verlust des Dampfers hat mein Vater verschuldet?“

„Wäre er nicht verfrüht abgelassen, hätte der furchtbare Sturm ihn nicht getroffen.“

„Ach so, den Sturm hat Vater vorher gewußt? Gut und was weiter.“

„Die Firma wäre also überreichlich bezahlt, wenn wir die Außenstände übernehmen. Aber wir denken an Sie. Die Wohnung im Hause bleibt Ihnen natürlich mit allem Inhalt, und außerdem verpflichten wir uns, Ihnen eine jährliche Summe zu zahlen, von der Sie sorgenfrei leben können, wenn Sie nicht doch noch heiraten sollten.“

Er war zu Ende und sah Johanna unsicher an. Sie hatte nicht eine Minute die Augen von ihm gewendet und nickte nur einige Male.

„Wirklich, der Vater hat Recht. Er ist erloschen und tot, der Geist der alten Hansa und ihrer Kaufherren, an deren Geschichte ich mich jeden Abend aufrichte, wenn ich angeekelt von Ihnen allen in meine Wohnung heraufsteige. Das aber sage ich Ihnen —“

Sie war aufgestanden und blitzte ihn an.

„Silvester Bruhns war der letzte von jenem Kaufmannsstamm. Ich wenigstens kenne keinen.“

Störtebecker sprang auch auf.

„Johanna, ich halte Ihnen viel zugute —“

„Nichts, Herr Senator, gar nichts sollen Sie mir zugute halten, aber hören Sie, Freunde sind Sie? Daß ich nicht lache! Was tun Sie denn? Sie wissen so gut wie ich, daß das Haus Bruhns in seinen Grundfesten gesünder und lebenskräftiger ist als Sie alle zusammen. Glauben Sie, sonst hätte Herr Wislizenus seine unsauberen Finger danach ausgestreckt? Und Sie? Der eine will die Firma an sich bringen und ist dreist genug, mich gewissermaßen mit in Kauf nehmen zu wollen, mich zu schänden, indem er mich seinem Sohn ausliefert, der gar nicht weiß, was Achtung vor einer Frau, geschweige was Liebe ist.“

„Davon wollen wir Sie ja befreien.“

„Indem Sie für ein Lumpengeld die Firma an sich bringen und mir ein Gnadenbrot reichen!“

„Johanna!“

„Jawohl ein Gnadenbrot und ein Lumpengeld! Wissen Sie, was das ist? Unlautere Ausnutzung einer Notlage. Wissen Sie, was die alten Handelsherren der Hansa getan hätten, wenn ein solches erbärmliches Gerücht ausgesprengt worden wäre über einen Mann, der vierzig Jahre als Vorbild in Ihrer Mitte geschafft hatte? Wenn man ihn unbewiesen hätte zum Mörder stempeln wollen, während er selbst abwesend war? Wie ein Mann wären sie aufgestanden und hätten gesagt: „Das ist nicht wahr! Wehe dem, der an der Ehre eines der unseren herumtastet! Wenn Sie aber im stillen doch überzeugt wären, daß dieser Mann, dessen Namen makellos war bis zur letzten Stunde, in einem Augenblick der Geistesverwirrung sich zu einer Tat des Jähzorns hinreißen ließ, und wenn sie ferner glaubten, wie Sie es ja auch tun, daß er diese Tat durch freiwilligen Tod sühnte, wenn sie dann gesehen hätten, daß die Tochter des Mannes, der seinen einzigen Sohn dem Vaterlande opfern mußte, seit Wochen in größter Energie ringt, die Firma zu halten und den Namen des Vaters — dann wären diese Männer zu ihr gekommen und hätten ihr zur Seite gestanden mit Rat und Tat, so wie es Silvester Bruhns getan hätte bei jedem von ihnen.“

„Das wollen wir ja!“

Sie lachte laut auf. „Das wollen Sie? Egoisten sind Sie, die im Trüben fischen wollen! Das nennen Sie selbstlose Hilfe, wenn Sie die Firma an sich bringen wollen? Die Tochter, anstatt ihr beizustehen, durch hinterlistige Börsenmanöver in die Enge treiben? Nein, Herr Senator Störtebecker! Sie ähneln wahrhaftig mehr Ihrem Ahnen, dem großen Räuber, als einem Kaufmann der Hansa, und Sie und Ihre Freunde sind dem Herrn Wislizenus vollkommen ebenbürtig.“

Sie stand mit über der Brust gekreuzten Armen und sah ihn mit leuchtenden Augen an. Der Senator war dunkelrot und brauchte Zeit, sich zu sammeln.

„Ich will die maßlosen Beleidigungen nicht gehört haben, mit denen Sie mich und meine Freunde überhäufen.“

„Wahrheit ist keine Beleidigung.“

„Also, Sie weisen meinen Vorschlag zurück?“

„Ich werde auf meinem Posten stehen, wie der Geist meines Vaters, der in mir lebendig ist, es mir befiehlt.“

„Und am Ersten?“

„Werde ich zahlen.“

„Und wenn Sie nicht können?“

(Fortsetzung folgt.)

unterliegen: Wohnungen in Gebäuden, welche das Eigentum des Staates, der Kirchen sämtlicher Bekenntnisse und der durch den Staat anerkannten Religionsverbände sowie von Institutionen des öffentlichen Nutzens derselben. Artikel 17 des betreffenden Gesetzes besagt, daß die Beschwerde gegen Wohnungsbeschlagnahmungen innerhalb von sieben Tagen an das Wojewodschaftsgericht anzubringen ist und daß die Beschwerde hemmende, also aufschiebende Kraft hat. — Bezeichnend ist es, daß eine derartige Verfügung nachts zwischen 10 und 11 Uhr in einem Privathause durch Staatspolizeibeamte zugestellt wird, die gewaltsame Öffnung, der Umzug und die Besetzung — trotz des hohen Feiertages — schon nach Ablauf von kaum 24 Stunden stattfindet.

Die deutschen Industriellen als Muster und Vorbild.

In seiner Eigenschaft als Vizevorsitzender des Ministerrates führt Korfanty intensive Verhandlungen mit Vertretern der Industrie, um diese zur Einzahlung von Vorschüssen auf Rechnung der Vermögenssteuer in fremden Valuten zu veranlassen. Die Gesamtsumme, die Handel und Industrie in Polen einzahlen sollen, beträgt 250 Millionen Schweizer Franken. Korfanty soll es bereits gelungen sein, die oberschlesischen Industriellen zur Zahlung von 50 Millionen Goldfranken zu bewegen. Gegenwärtig führt er Verhandlungen mit den Petroleumindustriellen und wird dann Verhandlungen mit den Textilindustriellen beginnen. Polnische Blätter, die der Regierung nahestehen, stellen fest, daß die Aktion Korfantys großem Verständnis in den Industriekreisen begegnet.

Die amtliche Polnische Telegraphen-Agentur hebt besonders hervor, **daß die deutschen Industriellen in Oberschlesien als erste freiwillig dem Staatsschatz zu Hilfe geeilt sind** und dadurch bewiesen haben, **daß sie loyale Bürger der Republik Polen sind.** Ihr Verhalten wird den übrigen Industriellen Polens als empfehlenswertes Muster hingestellt.

Aus der polnischen Presse.

Ueber die weißrussische Minderheit in Polen und ihre Behandlung

schreibt der in Warschau erscheinende „Kurjer Polski":

„Seit den Sejmwahlen, bei denen die Polen zu ihrem Erstaunen die Tatsache wahrnahmen, daß ein Drittel des Landes nichtpolnischer Nationalität ist, hat die Nationalitätenfrage keine Fortschritte gemacht. Die nationale Bewegung unter den Weißrussen ist unzweifelhaft stärker geworden, seitdem sie eine gesetzliche Vertretung im Sejmklub hat. Andererseits bemühen sich die Regierungskreise, den angeblich staatsfeindlichen Charakter dieser Bewegung abzutragen. Daraus folgt ein Kampf zweier Richtungen.

Die nationale Bewegung der Weißrussen ist durch Repressalien fast ganz niedergedrückt. Seit den Wahlen sind in Wilna fünf weißrussische Zeitungen verboten worden. Die große Masse der Weißrussen besteht aus Bauern. Die Intelligenz, welche die nationale Wiedergeburt des Volkes leitete, ist gering. Daher war auch die Presse der Weißrussen radikal demokratisch und national. Sie stand in scharfer Opposition zu der gegenwärtigen Regierung. Die Verteidigung der Minderheitsrechte und die Wiedergeburt war das ständige Lied, das diese Presse sang. Sie will nur diejenigen Rechte für ihr Volk erreichen, die seinerzeit die Polen erstrebten. Ferner tritt auch die Schul- und Sprachenfrage in der Presse in den Vordergrund. Ständige Klagen über die Schwierigkeiten bei der Eröffnung der Minderheitsschulen füllen die Spalten. „Wir wollen in unserer Muttersprache sprechen, wir wollen lernen und Fortschritte machen, wir wollen eine Poesie und Literatur hervorbringen und unsere Sprache zur allgemeinen Anerkennung in der Welt bringen. Wir wollen als Volk nicht untergehen ..." Aus dieser Stellungnahme ergeben sich die oft heftigen Kämpfe, die zur fast völligen Unterdrückung der weißrussischen Presse führten. Ob das angebracht ist angesichts der Duldung und Unterstützung der weißrussischen Bewegung innerhalb Sowjetrußlands, ist eine Frage. Auf der polnischen Seite sind bereits im Jahre 1921 alle weißrussischen Schulen in den Wojewodschaften Bialystok und Nowogród geschlossen worden. Nur in Grodno ist eine einzige Schule übrig geblieben; dazu etwa 40 Anfängerklassen im Gebiete von Wilna aus der litauischen Zeit. Aber auch hier herrscht das Bestreben, diese Schule abzubauen. Abgesehen von diesen kümmerlichen Resten, besteht eine Anzahl von weißrussischen und litauischen Mittelschulen, die sich unter einem Staatszuschuß erhalten können. Die Abiturienten dieser Anstalten sind an polnischen Universitäten nicht zugelassen. Dagegen werden sie in Berlin und Prag sehr freundlich aufgenommen. Seit den Wahlen ist die Mehrzahl der Intelligenz verhaftet worden. Neue politische Prozesse werden heraufbeschworen, welche nur das polnische Leben vergiften und der Agitation neuen Stoff geben. Die weißrussischen Abgeordneten werden oft ohne konkrete Unterlagen ihres Mandates verlustig erklärt und vor das Gericht geführt, wie man das mit dem Abgeordneten Kalinowski gemacht hat, der als Ausländer erklärt worden ist, weil er zur Zeit der deutschen Besetzung nach Rußland geflüchtet war. — Durch solche Maßnahmen wird der Gegensatz zwischen beiden Völkern vergrößert. Bei den Weißrussen ist die Überzeugung groß gewachsen, daß die Bewegung, einmal entfacht, nicht mehr unterdrückt werden kann. Außer Finnland, Estland, Lettland, Litauen haben wir jetzt ein neues Beispiel in Flandern und vielleicht das schlagendste in Irland. Diese nationalen Bestrebungen entwickeln sich in Irland trotz der Übermacht Englands. In allen Fällen ist es der nationalen Bewegung geglückt, in der einen oder in der anderen Form ihre nationalen Rechte zu realisieren."

Es darf noch einmal besonders hervorgehoben werden, daß es eine polnische Zeitung ist, die diese Warnung ausspricht.

Blutige Zusammenstöße im sächsischen Industriegebiet.

Die Reichswehr ist in Chemnitz eingerückt. Schon in den Abendstunden am Sonnabend kam es zu **blutigen Zusammenstößen,** wobei auf seiten der Radikalen **ein Toter** und **ein Schwerverletzter** blieben. Sonnabend mittag rückte die Reichswehr auch in Zwickau ein. Das Verlagshaus des sozialdemokratischen „Volksblattes" wurde von der Reichswehr besetzt. Der Geschäftsführer, ein Redakteur und der Parteisekretär der V. S. P. wurden bei dieser Gelegenheit verhaftet, am Abend jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt. **Patrouillen mit aufgepflanztem Bajonett** durchziehen heute noch die Straßen von Zwickau. **Der Marktplatz ist mit Stacheldraht abgesperrt.**

In **Großenhain** wurde ein Kommando von vier Reichswehrangehörigen, das einen Verhafteten zum Amtsgericht führen sollte, auf dem Markt von einer Menge umringt und mißhandelt. Die Polizei alarmierte das Wachtkommando des Reiterregiments 12, das sofort in die Stadt rückte, das Kommando befreite, die Straßen säuberte und die Ordnung wieder herstellte. Da die Menge den Anordnungen der Truppen nicht Folge leistete, wurde bestimmungsgemäß von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Fünfzehn Personen wurden verwundet.

Eine Tartarennachricht des „Vorwärts".

Der „Vorwärts" brachte am Sonnabend abend die falsche Meldung, daß Herr von Kahr in München die Bayerische Staatsregierung und Herrn von Knilling gestürzt und ein direktes Ultimatum nach Berlin geschickt und binnen 24 Stunden die Bildung einer rechtsradikalen Regierung verlangt hat. Von amtlicher Seite wird ein Dementi über diese Nachricht herausgegeben, wonach auf Grund telephonischer Anfragen der Berliner Regierung in München die Meldung des „Vorwärts" als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet wird.

Vor einer Diktatur in Deutschland?

Stresemann ein zweiter Mussolini? — Diktatur der Großindustrie? — Das Rumpfkabinett als Direktorium? — Auflösung des Reichstages?

Was den Kurs des deutschen Reichskanzlers nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung anbelangt, so ist dafür ein Artikel der volksparteilichen „Zeit" besonders aufschlußreich. Dieser Artikel, der sich mit den Folgerungen beschäftigt, die aus dem Erfolg Mussolinis für Deutschland zu ziehen wären, enthält den überaus aufschlußreichen Satz:

„Um so mehr besteht für uns die Veranlassung, die von Mussolini mit so großem Erfolg beschrittene Bahn in einer für die deutschen Verhältnisse geeigneten Weise auch unsererseits zu beschreiten."

Also deutscher Faszismus nach italienischem Muster. Dennoch darf man die Pläne des Kanzlers offenbar nicht mit denen der Großindustrie und der Deutschnationalen identifizieren, denn die „Zeit" wendet sich in der gleichen Nummer in einem Artikel gegen jene Kreise und sagt u. a.: „Seit einiger Zeit schon arbeitet man an der Vorbereitung einer Diktatur, die von Beauftragten der Großindustrie getragen und von jeder parlamentarischen Verantwortlichkeit gelöst werden soll. Ein solcher Plan mag wohl im ersten Augenblick ganz bestechend aussehen. Wie lange die Dinge aber ruhig gehen werden, wie lange eine Diktatur der Großindustrie und ihrer Beauftragten halten würde, das möge man sich doch erst einmal überlegen." — Der Kanzler scheint also die Bestrebungen der Großindustrie keineswegs unkritisch zu akzeptieren, sondern ist auch heute noch gewillt, seinen bestimmten persönlichen Kurs, der allerdings erheblich weiter rechts als bisher liegen wird, zu gehen.

Aus der Haltung der Rechtspresse muß man mit Notwendigkeit folgern, daß die Deutschnationalen und die volksparteiliche Schwerindustrie Stresemann keineswegs ohne weiteres das erforderliche Vertrauen entgegenbringen werden, um ihm eine Diktatur zu ermöglichen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Blatt des Herrn Stinnes, erklärt bereits heute:

„Wenn Dr. Stresemann sich nicht ganz von dem Parteiwesen loszulösen vermag, wird er die absolut notwendige Vereinigung aller nationalen und wirtschaftlich starken Volksschichten nicht vollziehen können." Das Blatt hält unter diesen Umständen eine baldige Neubildung des Reichstages für erforderlich, da diese am geeignetsten wäre, alsbald eine Klärung der innenpolitischen Verhältnisse herbeizuführen. Angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse im Reich erscheinen ihm die Bedenken gegen eine Neubildung nicht so stark, daß sie eine entschlossene Neuorientierung der deutschen Politik verhindern dürfen. Das Fortbestehen dieses Reichstages wäre nicht nur vom Punkte der politischen Moral, sondern auch rein praktisch verwerflich, weil die aus Reichsmitteln gezahlten Diäten und Freifahrten zur Stützung überlebter Parteien beitrügen.

Die Neubildung des Reichstages bliebe tatsächlich als einzige Möglichkeit besonders dann, wenn die Linke die Nachprüfung der unter dem Schutze des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen verlangen sollte. Unter diesen Umständen wäre für die unter dem Schutze des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen eine Mehrheit nicht zu bekommen und dem Rumpfkabinett bliebe eigentlich nichts weiter übrig, als sich auf Grund des in der letzten Zeit so häufig mißbrauchten Artikel 48 der Verfassung zu einer Art Direktorium aus eigener Machtvollkommenheit zu ernennen. Wie die Entwicklung der Dinge auch in den nächsten Tagen gehen möge, glaubt man mit einer erheblichen Verschiebung des politischen Schwergewichts nach rechts sicher rechnen zu können.

Daß die radikale Rechte, die von der „Deutschen Zeitung" vertreten wird, als dringliche Forderung den sofortigen Rücktritt des Kanzlers Stresemann aufstellt, ist ja nicht mehr als selbstverständlich. Für ein Direktorium werden in rechtsstehenden Kreisen Namen genannt, wie der aus dem Weltkrieg bekannte General Gallwitz, der Generaldirektor Minoux, der bisher die rechte Hand des Herrn Stinnes war, des deutschnationalen Abgeordneten Helfferich und des christlichen Gewerkschaftsführers Stegerwald, der zum rechten Zentrumsflügel gehört.

Ergänzung des Reichskabinetts durch neue Männer.

Reichskanzler Dr. Stresemann und Reichspräsident Ebert sind übereinstimmend der Auffassung, daß der Versuch gemacht werden müsse, das Reichskabinett durch neue Männer zu ergänzen. Das Reichskabinett trat zu einer weiteren Sitzung zusammen. Hauptgegenstand der Besprechungen bildeten die Wirtschaftsfragen, die durch die katastrophale Entwertung der Mark ganz in den Vordergrund gerückt sind. Diesen Wirtschaftsfragen gegenüber erachtet man die Kabinettskrisis für eine Sorge zweiten Ranges. Man will den Versuch machen, das Rumpfkabinett durch Hinzuziehen von Persönlichkeiten, die außerhalb des Parlaments stehen, zu ergänzen. Sollten die Sozialdemokraten zur offenen Opposition übergehen und sich für ein Mißtrauensvotum gegenüber dem Kabinett aussprechen, so bleibe nichts anderes übrig, als aus einer solchen Haltung die letzte Konsequenz zu ziehen, die nur in einer Auflösung des Reichstages liegen kann.

Die Verhältnisse sind zurzeit noch völlig ungeklärt und niemand weiß, welche Entschlüsse das jetzige Rumpfkabinett und insbesondere Dr. Stresemann fassen werden. Da der Reichstag voraussichtlich erst am Mittwoch wieder zusammentreten wird, braucht die Neubesetzung der drei freigewordenen Ministerposten nicht überstürzt zu werden.

Ein deutscher Auslandsbrief 4 Milliarden.

Postkarte 2400 Millionen.

Die deutsche Post erhöht ihre Gebühren vom 5. November ab auf ungefähr das Zehnfache der am 1. November eingeführten Gebühren. Demnach kostet eine Postkarte innerhalb Deutschlands 500 Millionen, nach dem Auslande 2400 Millionen, nach Ungarn und Tschechoslowakei hingegen nur 1800 Millionen. Ein Brief in Deutschland kostet bis 20 Gramm 1000 Millionen, bis 100 Gramm 1400 Millionen, bis 250 Gramm 1600 Millionen, bis 500 Gramm 1800 Millionen. Ein Brief nach dem Auslande kostet bis 20 Gramm 4000 Millionen, (nach Ungarn und Tschechoslowakei 3000 Millionen), jede weiteren 20 Gramm (bis 2 Kgr.) 2000 Millionen.

Die Belgier greifen gegen den Separatismus ein.

Endgültige Befreiung Aachens und Krefelds.

Nach einer Meldung der „Köln. Volksztg." aus Aachen ist auf telegraphischen Befehl der belgischen Regierung die Entwaffnung der Sonderbündler erfolgt.

Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind bei dem Kampf um den Besitz des Aachener Rathauses drei Tote zu beklagen. In die Krankenhäuser eingeliefert wurden ungefähr 20 Verletzte.

In der Stadtverordnetensitzung, die unter dem Eindruck der Kämpfe stand, die sich um das Rathaus abgespielt hatten, wies der Vorsitzende, stellvertretender Oberbürgermeister und Beigeordneter Wickmann, darauf hin, daß die bewaffnete Bewegung zur Errichtung einer vom Deutschen Reich losgelösten Republik an der gesamten Bevölkerung Aachens nicht die geringste Stütze habe. Zum Schluß verlas der Vorsitzende eine Entschließung, die von allen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung einstimmig eingereicht worden war. In dieser wird der tiefen Empörung Ausdruck verliehen über die Schandtaten, die die Sonderbündler mit Hilfe von Volksverbrechern und Gesindel verübt haben, um die Herrschaft in Aachen an sich zu reißen. Dank und Anerkennung wird allen denen ausgesprochen, die für die Verteidigung der Stadt und die Aufrechterhaltung der ordnungsmäßigen Regierung tätig waren. Die Entschließung fordert die Bürgerschaft Aachens auf, weiter jedem Versuch, sich zum Verrat am Vaterlande verleiten zu lassen, unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen.

Abzug der Banden aus Krefeld.

Seit Sonnabend wird auch aus Krefeld ein starker Abzug der auswärtigen Sonderbündler bemerkt. Es heißt, daß sie auf Befehl der Besatzung die Stadt räumen müssen. Die Zugänge zum Rathaus, die sonst stark bewacht waren, sind für das Publikum wieder freigegeben worden. Nach einer Meldung der „Köln. Ztg." scheint es, daß die Herrschaft der Sonderbündler in Krefeld zu Ende geht.

Der britische Kommissar lehnt jede Mitteilung der Sonderbündler ab.

Der britische Oberkommissar in Koblenz, Lord Kilmarnock, hatte eine Mitteilung von der provisorischen Regierung der Sonderbündler erhalten. Er hat diese Mitteilung zurückgehen lassen mit dem Bemerken, daß er keine Mitteilung von einer nicht anerkannten Körperschaft entgegennehmen könne.

Erfolg eines deutschen Schrittes in Brüssel.

Am 30. Oktober sprach der deutsche Geschäftsträger in Brüssel beim belgischen Außenminister Jaspar vor, um wegen der Vorfälle im Rheinlande und der Unterstützung der Separatisten durch die belgischen Besatzungsbehörden vorstellig zu werden. Minister Jaspar erklärte, daß ihm von einer Unterstützung der Separatisten durch belgische Behörden nichts bekannt sei und daß, im Falle die von dem deutschen Geschäftsträger angeführten Umstände den Tatsachen entsprächen, er eine solche Haltung der belgischen Besatzung verurteile. Er werde weitere Erhebungen anstellen.

Am Quai d'Orsay in Paris wurde versichert, die französische Regierung habe von diesem Schritt und der Antwort des belgischen Ministers Jaspar keine Kenntnis. Auch die Havas-Agentur hat darüber nichts gebracht. Wie verlautet, ist die Nachricht auf Veranlassung des belgischen Außenministers durch die Agentur Radio verbreitet worden. Jaspar habe Wert darauf gelegt, öffentlich in unzweideutiger Weise feststellen zu lassen, **daß Belgien die separatistische Bewegung ablehne.**

Der Wirrwarr der Zahlungsmittel in Deutschland.

Eine Sondernummer des Reichsgesetzblattes bringt eine Reihe Änderungen der Devisengesetzgebung, u. a. **die Zulassung der Annahme ausländischer Zahlungsmittel im Warenverkehr und die Beseitigung des Verbots der Preisstellung in Goldmark auch für den Einzelhandel.** Die Reichsregierung wird aber ungeachtet dieser Erleichterungen zwecks Beseitigung unwirtschaftlicher Ausgaben und Hemmnisse **die Annahme der Papiermark als Zahlungsmittel, wenn es sein muß,** auch mit den schärfsten Mitteln durchsetzen.

Das Reichskabinett hat beschlossen, die Papiermark in ein festes Verhältnis zu einem wertbeständigen Zahlungsmittel zu bringen, gegen das sie zu einem noch zu bestimmenden Termin eingelöst wird. Gedacht wird dabei an die Goldanleihe. Über die Höhe der Relation und Einzelheiten dieser Neuregelung steht ein endgültiger Beschluß unmittelbar bevor.

Kommunistenverhaftungen in Berlin.

In den letzten Tagen sind in Berlin zahlreiche Verhaftungen von Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands vorgenommen worden. Es handelt sich um eine größere Aktion der Abteilung I A, die auch eine Haussuchung in der Redaktion der „Roten Fahne" vorgenommen und dort Propagandamaterial beschlagnahmt hat. Bei den Verhafteten wurden zum Teil Waffen, zum Teil Material beschlagnahmt, das darauf schließen läßt, daß trotz aller ergangener Verbote von der Kommunistischen Partei an der weiteren Aufstellung und Bewaffnung von Hundertschaften gearbeitet wird.

Die Verlobung ihrer Tochter

Therese mit Herrn

Hennecke von Plessen

a. d. H. Trechow,

Oberleutnant a. D. des 2. Großh. Mecklbg. Drag.-Regts. Nr. 18,

zeigen hiermit an.

Sigismund

Graf Raczynski-Obrzycko

Antoinette Gräfin Raczynska

geb. Freiin von Budberg.

Obrzycko (Kr. Szamotulski), Oktober 1923.

Meine Verlobung mit

Gräfin Therese Raczynska

Tochter des Grafen Sigismund Raczynski, Majoratsherr auf Obrzycko und der Frau Gräfin Raczynska, geb. Freiin von Budberg, beehre ich mich anzuzeigen.

Hennecke von Plessen.

Langen Trechow (Mecklbg.-Schwerin), Oktober 1923.

Nachruf.

Am 3. November d. Js. entschlief sanft unser langjähriger hochverehrter Chef, der

Rittergutsbesitzer Herr

Arthur von Meien

auf Zdzychowice.

Wir werden ihm stets ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Oberinspektor Erich Tillgner u. Frau

Helene geb. **von Gaedecke.**

Zdzychowice, den 3. November 1923.

Polnisches Lehrbuch

Wesoły Początek

von Hermann Seydell.

5. Auflage.

Preis 200 000 M., nach auswärts mit Portozuschlag und Verpackungsspesen.

Zu beziehen durch Buchhandlungen und vom Verlage: (9845

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

Poznań, Zwierzyniecka 6.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute abend um 9 Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden im 73. Lebensjahre mein über alles geliebter Mann, unser treuer Bruder und Onkel,

der Rittergutsbesitzer, Herr

Arthur von Meien

auf Zdzychowice.

Zdzychowice, den 3. November 1923.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen

Maria von Meien,

geb. Vogeler.

Die Trauerfeier findet statt Mittwoch, den 7. November zu Zdzychowice um 1½ Uhr nachmittags. Wagen stehen zur Abholung zu dem Zuge 11,57 Uhr in Schroda bereit.

Nachruf.

Am 3. November 1923 entriß uns der Tod unseren treusorgenden Herrn u. Wohltäter den

Rittergutsbesitzer Herrn

Arthur von Meien

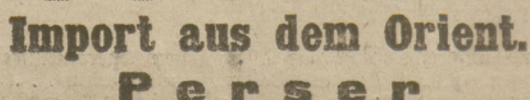
auf Zdzychowice.

Wir werden stets in Liebe seiner gedenken.

Die Angestellten und Arbeiter des Rittergutes Zdzychowice.

Zdzychowice, den 3. November 1923.





Teppich-Ausstellung

im

Kino Apollo, Piekary 17.

Besichtigung ohne Kaufzwang. **Geöffnet von 9—6 Uhr.**

Museumsteppiche.

Spielplan des Großen Theaters.

Montag, 5. 11., um 7½ Uhr: **„Glocken von Corneville“,** Komische Oper von Planquette.

Dienstag, 6. 11., um 7½ Uhr: **„Troubadour“,** Oper von Verdi.

Mittwoch, 7. 11., um 7½ Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen“,** Oper v. Offenbach.

Donnerstag, 8. 11., um 7½ Uhr: **„Cavalleria Rusticana“,** Oper v. Mascagni und **„Bajazzo“,** Oper von Leoncavallo.

Freitag, 9. 11., um 7½ Uhr: **„Die toten Augen“,** Oper von d'Albert.

Sonnabend, 10. 11., um 7½ Uhr: **„Cavalleria Rusticana“,** Oper v. Mascagni und **„Bajazzo“,** Oper von Leoncavallo.

Sonntag, 11. 11., nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: **Vorführung der „Tanzkunst.“**

Roßschwanzhaare und Rohfelle

kaufe und zahle die höchsten Preise.

Poznań, Szewska 15.

Treibriemen

Leder, Kamelhaar, Hanf

Sander & Brathuhn

Hanf- u. Draht-Seile

Poznań ul. Seweryna Mielżyńskiego 23. Telef. 4019

KINO Colosseum św. Marcin 65.

Der Gipfel der Filmkunst:

Die Rache der Afrikanerin.

Sensationelles Abenteuerdrama in 6 Akten

aus dem Hagenbeckcyklus.

Dieser Film übertrifft alles bisher Gesehene.

Gott, der Allmächtige, rief am 3. November den **Rittergutsbesitzer Herrn von Meien** ins Jenseits. Er war mir die Jahre, die ich ihm gedient, ein gütiger Herr gewesen. Ich werde mein Leben lang nur in Dankbarkeit an ihn zurückdenken.

G. Biesler.

Innigstes Beileid

drückt hiermit Herrn Max Nathusius, Czarnikau, anläßlich des Todes seiner lieben Frau

Martha

aus die Firma

D. Wygodski & J. Janowski

Posen. (9873

Teatr Pałacowy

Plac Wolności Nr. 6.

Fortsetzung der

Drei Musketiere

2 Serien zugleich

Von Dienstag, 6. Nov., und folgende Tage:

III. Serie: **Intrigen,**

IV. Serie: **Das geheimnisvolle Brandmal.**

Beginn der Vorstellungen um 3½, 6 und 8½ Uhr.



Hersteller: **Urbin-Werke, G. m. b. H. Danzig, am Troyl,**

Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

Durch Stadtverordnetenbeschluß vom 31. 10. 23 ist der Wasserpreis vom 1. 11. 23 auf 50 000 Mk. für 1 cbm erhöht worden.

Gleichzeitig wurde angeordnet, daß die Wasserrechnungen binnen einer 10tägigen Frist, vom Tage der Rechnungsausstellung ab gerechnet, gezahlt werden müssen, widrigenfalls die Wasserabsperrung erfolgt und bei jeder Einkassierung der Rechnung 5% des Rechnungsbetrages Inkassokosten erhoben werden.

Magistrat XI. 3.

Alleinsteh. Witwe

mittl. Alters, von angenehmem Äußeren, möchte sich wieder

verheiraten.

Gefl. Offerten unter **M. 9865** an die Geschäftsst. d. Bl.

Aus Stadt und Land.

Posen, 5. November.

Die Streiklage in Posen.

Die Sozialdemokratische Partei hat für heute, Montag, einen allgemeinen Streik proklamiert, als Protest gegen die Einziehung der streikenden Eisenbahner und Postbeamten zum Militär. Aus dieser Veranlassung hat der Wojewode Graf Bniński einen Aufruf erlassen, datiert vom 4. November in dem er an die patriotischen Gefühle und Vaterlandsliebe aller appelliert, die Ruhe zu bewahren und den Hetzereien der umstürzlerischen Elemente kein Gehör zu schenken. Die Lage im Staate sei schwer, aber nur vorübergehend; bei Ruhe und Besonnenheit würden die Schwierigkeiten bald überwunden sein; Unruhe bessert nicht die Lage, sondern verschlimmert sie. Die Behörden haben Vorsorge getroffen, daß die Arbeitswilligen nicht belästigt und gestört werden. Um aber die Ruhe in jeder Beziehung zu sichern, hat der Wojewode bis auf Widerruf alle öffentlichen Aufzüge und Versammlungen ohne Ausnahme unter freiem Himmel verboten.

In Posen haben alle am Ausstande beteiligten Eisenbahnwerkstättenarbeiter endgültig die Kündigung erhalten.

Die Eisenbahnkrankenkasse in Posen hat nach dem „Przegląd Poranny" eine Anordnung getroffen, die die Ausstellung von Scheinen, die den Genuß der den Kassenmitgliedern zustehenden Rechte gestatten, an die streikenden Eisenbahner verbietet.

Die Rinderpest im Bezirk der Posener Wojewodschaft.

Der Wojewode Graf Bniński in Posen gibt bekannt, daß die ganze Wojewodschaft Posen als mit der Rinderpest verseucht erklärt worden ist, und erläßt eine umfangreiche Verfügung behufs Bekämpfung dieser für unseren Viehstand so gefährlichen Seuche.

Unter anderem muß hinfort jedes Stück Rindvieh ohne Rücksicht auf sein Alter, wenn es von seinem Standort, sei es auf den Markt oder in eine andere Gemeinde gebracht wird, unbedingt ein polizeiliches Herkunftsattest besitzen. Wenn Rindvieh aus einer anderen Wojewodschaft in das Posener gebracht wird, so ist es drei Monate getrennt vom hiesigen Rindvieh zu halten, worauf erst nach einer Untersuchung seitens eines Veterinärs die Sperre aufgehoben werden kann. In der ganzen Wojewodschaft Posen wird in allen Gemeinden und Städten ein Kataster für das Rindvieh geführt, wo genau der Bestand angegeben, sowie jede Verminderung und Vermehrung desselben in 48-stündiger Frist vermerkt werden muß. Fleischer und Viehhändler müssen Kontrollbücher führen, in die jedes Stück Rindvieh, sei es angekauft oder zeitweilig in den Viehstall gestellt, ungesäumt eingetragen werden muß. Die aufgebrauchten Kontrollbücher müssen ein Jahr lang beim Viehhändler oder Fleischer aufbewahrt werden. Im Laufe des Januar 1924 sind diese Kontrollbücher dem Starostwo zur Visierung vorzustellen; nicht in diesem Termin visierte Kontrollbücher sind ungültig. Der Besitzer hat in seinem eigenen Interesse den Verkauf vom Käufer oder den Abgang durch Schlachtung von dem Schlachthause aus bestätigen zu lassen. In 48 Stunden haben die Schlächter oder Händler dem Magistrat oder Gemeindevorsteher von jedem Zugang eines Stückes Rindvieh unter Vorlegung des Herkunftsattestes Anzeige zu erstatten, in gleicher Frist muß der Verkauf oder die Schlachtung angemeldet werden. Fleischern und Viehhändlern ist es verboten, fremde Viehstallungen zu betreten. Rindvieh zu Handelszwecken oder zum Schlachten erworbenes darf unter keinen Umständen in anderen als den den veterinär-polizeilichen Vorschriften entsprechenden Handelsstallungen bzw. in Stallungen der Schlachthäuser untergebracht werden. Dasselbe betrifft zum Mästen bestimmtes Rindvieh. Es ist verboten Rindvieh zu kaufen, indem man von Ortschaft zu Ortschaft, von Wirtschaft zu Wirtschaft zieht. Dieses Verbot verletzt nicht das Recht der Erwerbung von Rindvieh in den Wirtschaften auf Bestellung. Der Besteller muß aber, bevor er sich in die Wirtschaft begibt, dem Gemeindevorsteher die Bestellung vorweisen, und erst, wenn er von dem Gemeindevorsteher die schriftliche Erlaubnis zum Betreten der Wirtschaft erhalten hat, kann er sich dorthin begeben und das Rindvieh kaufen. Als Bemerkung im Kataster und Herkunftsschein muß alsdann der Vermerk stehen, daß das Vieh auf Bestellung gekauft ist. Das Treiben von Rindvieh auf weite Strecken ist auch verboten. Von der Bahn darf Rindvieh ohne Herkunftsschein auf keinen Fall zur Beförderung angenommen werden, ja die Beamten sind sogar verpflichtet, solches Vieh nicht wieder freizugeben und der Stadtverwaltung zu übergeben. Schließlich macht die Verordnung den Besitzern zur Verpflichtung, jede Krankheitserscheinung der Behörde anzuzeigen, wenn es auch noch nicht sicher feststeht, daß es sich um eine Erkrankung an Lungenpest handelt; andernfalls macht er sich straffällig.

Ueber die abermalige Verteuerung des Tabaks und der Tabakfabrikate

plaudert die „Deutsche Rundschau" in der letzten Sonntagsausgabe folgendermaßen:

Die Gilde der Nichtraucher hat seit dem 1. November wahrscheinlich nicht unbeträchtlich zugenommen, sintemal und alldieweil seit diesem Tage die Preise für Rauchkraut in jeder Form und Verarbeitung — als solide Zigarre, zierliche Zigarette oder Füllung für die Stummelpfeife — einen Aufschwung genommen haben, dem gegenüber die kühnste gleichnamige turnerische Leistung am Reck sich nur wie eine ganz bescheidene Tat ausnimmt. Mit mehr als hundert Prozent Aufschlag zu den erst vor kurzem erhöhten Preisen ist jetzt das Vergnügen belastet, die eigene werte Person, sowie getreue Nachbarn und desgleichen in die balsamischen Düfte des mehr oder weniger edlen Tabaks einzuhüllen. Das muß denn doch so manchen Raucher vor die Schicksalsfrage stellen, ob es nicht an der Zeit wäre, aus dem großen Verbande der Raucher auszuscheiden und von dem Pfade des „Lasters" mit hörbarem Ruck abzubiegen in den tugendsamen Weg eines nikotinfreien Daseins, von wo dann höchstens hin und wieder, vielleicht an hohen Festtagen, ein kleiner Seitensprung in die frühere süße Gewohnheit verstattet wäre. Durch ein einfaches Rechenexempel kommt man nämlich zu der betrüblichen Feststellung, daß die neuen Preise, zum mindesten für die besseren Sorten, jetzt bereits die Höhe der Vorkriegszeit erreicht haben, während die Einkommensverhältnisse bekanntlich noch sehr weit dahinter zurückstehen und schätzungsweise vielleicht denen vor einem Jahrhundert entsprechen. Da wird also wohl so mancher Raucher die bittere Pille schlucken müssen, auf das gewohnte Kraut zu verzichten oder zum mindesten erheblich sparsamer damit umzugehen. Solche wohlweise Zurückhaltung ist in der letzten Zeit schon in gewissem Umfange geübt worden und wird nach dem letzten kräftigen Preisaufschlag vermutlich in verstärktem Maße weitergreifen, wenn auch zurzeit ein richtiger Raucherstreik wohl noch nicht zu befürchten ist. Immerhin bildet aber auch auf diesem luftigen und duftigen Gebiet die schon erwähnte Höhe der Vorkriegspreise eine Scheidegrenze, deren Überschreitung unliebsame wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen könnte. Aber wozu uns Sorgen machen über die Zukunft, wo die Gegenwart uns schon genug von diesem Artikel aufbürdet. Zünden wir uns lieber „zum Abzewöhnen" noch eine Zigarre, die letzte ihres Glaubens, an, um bei ihrem kräuselnden Rauch wehmütige Erinnerungen an frühere schönere Zeiten aufsteigen zu lassen, ohne darum die Zukunft allzu schwarz zu malen.

X **Der Außenminister Dmowski** ist zu zweitägigem Aufenthalt am Sonnabend in Posen eingetroffen.

Vom deutschen Generalkonsulat wird uns mitgeteilt: Der für den 6. d. Mts. in Aussicht genommene Sprechtag in Liquidationsangelegenheiten auf dem Deutschen Generalkonsulat in Posen ist vorläufig auf unbestimmte Zeit verschoben.

X **Eine bedeutsame Druckfehlerberichtigung zum neuen Posttarif.** Der in unserer Donnerstagsausgabe veröffentlichte neue Posttarif enthält gleich am Anfang unter der Überschrift Inlandsverkehr in der 3. Zeile einen Fehler. Das Porto für gewöhnliche Briefe im auswärtigen Verkehr über 20—250 Gramm beträgt 20 000 M., nicht, wie dort irrtümlich angegeben, 12 000 M. Alle Kolleginnen, die den von uns veröffentlichten Tarif unbesehen nachdruckten, werden gut tun, von dieser Berichtigung gebührend Kenntnis zu nehmen.

X **Eine Erhöhung der Arzneitaxe** ist seit dem 1. d. Mts. in Kraft getreten; sie bedeutet eine ganz bedeutende Verteuerung der Medikamente usw.

X **Kleinbahn-Tariferhöhungen.** Ab 27. Oktober ist der Personen- und Warentarif der Kleinbahn Krotoschin—Pleschen um 100 v. H. erhöht und wird vom 10. d. Mts. ab um weitere 100 v. H. erhöht.

Der Evangelische Volkskalender, den das Posener Diakonissenhaus herausgibt, ist soeben im 64. Jahrgang für das Jahr 1924 erschienen. Der Kalender, der stets weite Verbreitung zu finden pflegt, bietet auch in diesem Jahre einen reichhaltigen, gediegenen Inhalt. Neben Aufsätzen über das kirchliche Leben in Oberschlesien und Stanislau, bringt er lebensvolle Mitteilungen über die Tätigkeit der Diakonissen, eine Erzählung, Gedichte, einen Artikel über Mission, praktische Ratschläge und anderes mehr. Bilderschmuck und Druck ist sehr ansprechend. Der vor der Fertigstellung in Aussicht genommene Preis hat sich nicht aufrechterhalten lassen, sondern mußte auf gegenwärtig 50 000 M. festgesetzt werden. Etwaige Überschüsse kommen dem Posener Diakonissenhaus zugute.

X **Die Posener Bahnhofswirtschaft** hat seit dem 1. d. Mts. ein anderer Wirt, namens Anton Cieslak aus Kalisch, übernommen. Aus diesem Grunde fand am Sonntag eine kleine Feier statt, bei der der neue Pächter 50 Millionen Mark für die Witwen und Waisen von Eisenbahnern stiftete. Die hiesige Bahnhofswirtschaft war in deutscher Zeit unter der Leitung des Herrn Gubert weit und breit als eine der besten des ganzen Ostens berühmt, ging aber, nachdem dieser die Pachtung infolge des politischen Umschwungs hatte aufgeben müssen, in den letzten Jahren immer mehr zurück. Man darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß es dem neuen Pächter gelingt, der Bahnhofswirtschaft wieder zu ihrem alten Rufe der Gediegenheit und Sauberkeit zu verhelfen.

X **Der Opfertag der Christuskirche,** der gestern im Hauptgottesdienst zum Besten der Armen und Notleidenden der Gemeinde veranstaltet wurde, hat einen Barertrag von rd. 1 800 000 Mark ergeben.

X **Arbeitseinstellung.** Die Maschinenfabrik Cegielski T. A., die in Wilda eine Lokomotivfabrik und Wohnhäuser für die Arbeiter baut, hat die bei den Bauten beschäftigten 1500 Maurer und Bauarbeiter entlassen und die Bauten eingestellt.

Miljonówka. In der letzten Ziehung gewann die Nummer 4 703 781.

bw. **Beschlagnahme unverzollter Puderfabrikate.** Am Sonnabend wurden in hiesigen Drogen- und Friseurgeschäften Puderfabrikate der Firma Wolff und Sohn aus Karlsruhe in Baden beschlagnahmt, angeblich weil die Ware unversteuert in Polen eingeführt worden war.

Der Verein deutscher Sänger bittet uns mitzuteilen, daß die nächste Gesangstunde umständehalber am Freitag, dem 9. d. Mts., pünktlich 8¼ Uhr abends, im kleinen Saal des Evang. Vereinshauses stattfindet.

X **Vom Eisenbahnzuge überfahren und getötet** wurde Sonnabend vormittag gegen 9½ Uhr ein Posten des 57. Inf.-Regts. am Bromberger Tor. Er wollte einem entgegenkommenden Personenzuge ausweichen und sprang in einen von entgegengesetzter Richtung kommenden Personenzug hinein, so daß er auf der Stelle getötet wurde.

X **Große Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einem Korridor des Hauses ul. Dąbrowskiego 3 (früher Gr. Berlinerstr.) einem Herrn, als er dort zum Besuch weilte, ein Herrensealpelz im Werte von 150 Millionen Mark; aus einem Schaufenster an der Aleje Marcinkowskiego 24 (früher Wilhelmstr.) 4 Schals Gardinen im Werte von 12 Millionen Mark; aus der Posenerstraße 53 22 Pfund Butter und 2 lederne Treibriemen, je 10 m lang und 7 cm breit, im Gesamtwerte von 15 Millionen Mark.

X **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Auf dem Berdychowoer Damm wurde in der Nacht zum 3. d. Mts. von einem Wächter ein Mann angehalten, der 5 Kilogramm Kupferdraht trug, diesen bei der Annäherung des Wächters wegwarf und davonlief. Der Draht kann im 5. Polizeikommissariat auf der Wallischei besichtigt werden.

X **Polizeilich festgenommen** wurden am Sonnabend und Sonntag 8 Betrunkene, 3 Dirnen, 1 Obdachloser, 3 Personen wegen Diebstahls, eine wegen Unterschlagung.

---

* **Bojanowo,** 30. Oktober. Der Vorschußverein Bojanowo, der bereits sein 61. Geschäftsjahr mit dem 31. Dezember 1922 beenden konnte, ist in der Generalversammlung am letzten Mittwoch in Liquidation getreten, und es sind zu Liquidatoren Böttchermeister Brucksch, Sparkassenkontrolleur Paetzold und Gasthofbesitzer Richter gewählt worden. Der Verein, der früher vielen kleinen Handwerkern und Geschäftsleuten von großem Nutzen gewesen ist, hat es, wie der „Boj. Anz." schreibt, leider nicht verstanden, bei dem Umschwunge sich auf der Höhe zu erhalten, was tief zu bedauern ist.

p. **Duschnik,** 4. November. Gestern wurden von Einbrechern bei einem hiesigen Landwirt ein Paar gelbe Arbeitspferdegeschirre mit schwarzen Beschlägen, 4 Zaumzeuge und ein Paar gelbe Leinen im Werte von 50 Millionen Mk. gestohlen.

* **Dirschau,** 4. November. Bei dem schweren Eisenbahnunglück über das wir in der Sonntagsausgabe berichteten, sind nach einer späteren Meldung im ganzen drei Todesopfer zu beklagen. Ein Eisenbahner wurde unter den Trümmern eines Wagens tot vorgefunden, und ein schwer Verletzter verstarb auf dem Transport nach dem Krankenhause. Besonders tragisch ist es, daß alle drei getöteten Eisenbahner Familienväter sind. So hinterläßt der zu Tode gekommene Franz Jurziński eine Witwe mit sechs Kindern, der zweite, Bernhard Hellwig, eine Witwe mit vier unerzogenen Kindern und der dritte, Johann Czarnecki, eine Witwe mit drei Kindern.

* **Neustadt b. Pinne,** 2. November. Am Sonntage vor acht Tagen verabschiedete sich Pfarrer Lorenz von seiner Gemeinde. Er war im Januar 1896 in das geistliche Amt eingetreten. Er wurde zunächst Hilfsprediger in Jarotschin, kam dann als Provinzialvikar nach Deutsch-Wilke, übernahm darauf die Verwaltung des Pfarramtes in Klein-Dreidorf, wurde im Jahre 1910 Pfarrer der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde und verließ nun, durch die Verhältnisse gezwungen, unsern Ort, um in Thüringen eine Pfarrstelle zu übernehmen.

p. **Neustadt bei Pinne,** 4. November. Gestern hat sich hier ein gewisser Mieczysław Kończak in dem Augenblick, als er wegen irgendeiner Sache verhaftet werden sollte, erschossen.

p. **Samter,** 4. November. Zwei große Einbruchsdiebstähle, bei denen Gesamtwerte von 100 Millionen Mark gestohlen wurden, wurden bei zwei Landwirten in Szczepankowo in der vergangenen Nacht verübt. In einem Falle wurden zwei lederne Wagenschürzen, im andern vier Anzüge, ein Winterüberzieher und ein Frauensonntagsstaat gestohlen.

S. **Rogasen,** 4. November. In Abwesenheit der Witwe W. drang ein Dieb mittels Dietrichs in deren Wohnung ein. Eine Nachbarin schöpfte Verdacht, als sie bemerkte, daß die Tür geöffnet worden war, und ging vor das Haus, um andere Leute zu Hilfe zu rufen. Dadurch verscheucht, sprang der Dieb aus dem Fenster, unter Zurücklassung der schon zum Mitnehmen zusammengepackten Sachen, Wäsche u. dgl. — Auf dem Wochenmarkt wurde für das Paar Ferkel 5—6 Millionen gefordert. Das Angebot war nicht groß. Die Kauflust dabei gering. Der Markt war überhaupt sehr schwach belebt, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß ein halber Feiertag war.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

□ **Warschau,** 4. November. Die hiesige Statistische Kommission hat für die zweite Hälfte des Monats Oktober einen Teuerungszuwachs um 66,91 v. H. festgestellt. Die Gesamtzuwachsziffer für Oktober beträgt mithin 205,86 v. H.

Aus Ostdeutschland.

* **Marienburg,** 31. Oktober. Angesichts des Zusammenbruchs der Papiermark beschlossen Vertreter der städtischen und Kreisbehörden aus Marienburg und Stuhm, der Banken, der Kaufmannschaft, der Industrien und des Handels, in kürzester Frist ein wertbeständiges Zahlungsmittel zu schaffen. Zunächst erklärten sich die Landwirte der Kreise Marienburg und Stuhm und die Stadt Marienburg bereit, 10 000 Goldmark als Deckung für die neue Währung herzugeben.

Aus dem Gerichtssaal.

Drei Mörder zum Tode verurteilt.

* **Guben,** 3. November. Die Mordtat in Jeßnitz vom 17. September hat das hiesige Schwurgericht beschäftigt. Die drei Angeklagten, Fleischer Johannes Wondzinsky, Fleischer Michael Wittkowsky und der Arbeiter Kopacz wurden zum Tode verurteilt. Der als Zeuge anwesende, doch beim Morde des Oberlandjägers Baumgarten nicht beteiligte Vorschnitter Czekay sieht seiner Aburteilung wegen Einbruchsdiebstahls usw. später entgegen.

Handel und Wirtschaft.

§ **Schmuggel mit polnischen Effekten.** Die „Sonn- und Montagszeitung“ bringt interessante Mitteilungen über den Schmuggel polnischer Effekten aus Polen nach Wien. Wie bekannt, notieren die polnischen Effekten auf den polnischen Börsen viel niedriger als auf der Wiener Börse. Aus diesem Grunde schmuggeln die Spekulanten ganze Kisten mit Effekten nach Wien, um die Kursdifferenz einzustecken. Das Resultat dieser durch ein Konsortium kleiner Wiener Banken durchgeführten Spekulationen ist, daß die polnischen Papiere sowohl die Industrie-, als auch die Petroleumpapiere nun in Wien bedeutend fallen. Die Spekulanten verkaufen die Papiere für Dollar, führen aber die Dollar nicht an die P. K. K. P. ab. Dadurch entsteht für den Staat ein großer Schaden.

Von den Märkten.

Edelmetalle. Warschau, 2. November (in freiem Verkehr in in 1000 Mkp.). Gold 1050—1075 Platin 4900—5000, Rubel in Silber 535. 1 Gramm Feinsilber 370. Neuyork, 1. November. Diskont 4¾. Inl. Silber 99⅝. Ausl. Silber 63⅜.

Kolonialwaren. Danzig, 2. November. Burmah Reis loko 14/9 sh, Bruchreis 11/2 sh. Kakao Accra 3 sh.

Kohle und Koks. Warschau, 2. 11. 23. Für 1 kg franko Waggon Warschau, Oberschles. Stückkoks 12 100, Dombrowaer Stückkohle 8550, Oberschlesische Stückkohle 8750, Karwinischer Koks 19 750. (Orientierungspreise).

Börse.

≠ **Posener Börse vom 5. 11. 23.** (Vorbericht, mittags 12,30.) Die heutige Börse gestaltete sich wieder fester. Der Besuch ist ziemlich stark und die Käufe sind lebhaft. Die Maklerschranken sind von den Effektenhändlern stark in Anspruch genommen und alle Papiere der mittleren und schwereren Werte werden lebhaft gehandelt. Der Geldmangel macht sich zwar immer noch etwas bemerkbar, doch ist die Stimmung bedeutend gebessert, als in der Vorwoche. Bankwerte bleiben durchweg gefragt. Industriewerte zum Teil noch stark im Rückstand. Die Maklertafel nennt folgende Kurse als Orientierungskurse: Bk. Kwilecki 60 000, Bk. Handlowy 42 000—45 000, Bk. Związku 140 000—150 000, Przemysłowców 6 000—58 000, Ziemian 15—165 000. Industriewerte: Arkona 70 000, Barcikowski 25—27 500, Cegielski 51—50 000, Hurt. Skór 85 000, Garb. Sawicki 30 000, C. Hartwig 16 000, Iskra 55 000, Herzfeld 250 000, Młynotwornia 35 000, Młyn Poznański 25 000, Pozn. Spółka Drzewna 65 000, Papiernia Bydg. 21 000 bis 22 000, Płótno 55 000, aTrtak in Wreschen 13—10 000, Unja 360—370—350—365 000, Tri 40 000, Waggon Ostrowo 150 000, Luban 3 000 000, Roman May 1 800 000 Prozent. Die weitere Situation gestaltet sich anziehend.

≠ **Warschauer Börse vom 2. 11. 23.** (Nichtnotierte Werte.) Chybie 4000, Kujawy 30 000, Zbiersk 700, Zduny 25 000, Sielecka Fabryka Filców 5000, Hurtownia Aptekarza 82.5, Gazy Ziemne 20 000, Jaworzno 17 000, Kaucuk 120, Lechita 50, Lokomotywy 215, Nitrat 85, Opatówek 130—120, Hurt. Opałowa 10, Warsz. Bk. Zjedn. 450, Mała Wieś 650, Dobrzyniewo 80, Sarnianska Huta Szkła 40 (1—2. Em.), Polski Jurotat 45, Wiór 40, Polprod 80. Tendenz fest.

≠ **Krakauer Börse vom 2. 11. 23.** Die endenz ist fest und bewegt. Das Interesse liegt besonders bei den schwereren Papieren. Die leichten Werte haben sich angepaßt. Nachbörslich ist die Tendenz sehr fest geworden, bei größeren Umsätzen. Von inoffiziellen Werten wurden gehandelt: Jaworzno 13 500 bis 14 100, Gazy 14 500, Chybie 2800—3200, Silesia 1850—2050, Len 335.

≠ Die P. K. K. P. zahlte am 2. 11. für Goldmünzen (in Klammern Silbermünzen): Rubel 814 200 (541 300), Mark 377 000 (150 300), Krone 320 600 (125 500), Lat. Münzeneinheit 305 300 (125 500), Dollar 1 583 000 (723 600), Pfd. Sterling 7 702 800 sh. 157 300), Schwedenkrone 424 100 (180 400), Holl. Gulden 636 200 (284 200), Oesterr. Dukaten 3 620 800 (fl. 334 100), Belg. u. Holl. Dukaten 3 312 400. türk. Pfd. 6 942 900, 1 g Feingold 1 051 960 (30 070).

≠ **Die Polnische Mark am 2. 11. 23.** Es wurden gezahlt in Danzig: (1 Million Mkp. in Gulden) 3.80 (Parität: 263 500) Auszahlg. Warschau: 3.53 (Parität: 283 500). **Wien:** 4.50—4.90 (Parität: 21.275) Auszahlung Warschau: 4.55—4.95 (Parität: 21.05). **Budapest:** Auszahlg. Warschau: 1—1.50 (Parität: 80.00). **Prag:** Auszahlung Warschau: 0.25—0.265 (Parität: 38 900). **London:** Auszahlung Warschau: 0.000 013 32 (Parität: 7 500 000). **Newyork:** Auszahlg. Warschau: 0.0004 (Parität: 2 500 000). **Riga:** Auszahlg. Warschau 0.06 (Parität: 1669).

≠ **Züricher Börse vom 2. 11. 23.** (Amtlich) Warschau 0.0003, Newyork 5.60, London 25.145, Paris 32.75, Wien 0.007 920, Prag 16.45, Mailand 25.15, Brüssel 28.00, Budapest 0.0305, Sofia 5.255, Amsterdam 218 25, Christiania 84.25, Kopenhagen 96.50, Stockholm 148.00, Madrid 75.00, Bukarest 2.70, Berlin (Nicht notiert), Belgrad 6.575, Konstantinopel 3.25.

≠ **Ostdevisen in Berlin vom 3. November.** Auszahlung: Bukarest 1 990 000 000 G, 2 010 000 000 B, rep. 10%, Kattowitz 247 000 G, 253 000 B, rep. 5%, Reval 1 185 000 000 G, 1 215 000 000 B, Kowno 40 590 000 000 G, 41 410 000 000 B. Noten: Polnische Mark 239 000 G, 251 000 B, rep. 70%, Lettische Rubel 1 560 000 000 G, 1 640 000 000 B, Estnische Mark 1 130 000 000 G, 1 190 000 000 B.

≠ **Wiener Börse 2. November 1923.** (Polnische Werte in 1000 Kr.) Nafszawa 150, Bank Hipoteczny 20, Bank Małopolski 23.95, Browary 400, Mraznica 205, Tepege 114, Zieleniewski 317, Montany 206, Apollo 900, Fanto 4390, Karpaty 539.9, Galicia 26 800, Nafta 2780, Schodnica 1770, Lumen 79.8, Kolej Półn. (Südbahn) 21 000, Lwów Czernowic 360. Die Tendenz für polnische Werte ist weiterhin verstärkt.

≠ **Die Goldmark in Polen am 5. November** errechnet aus dem Warschauer Dollarkurs (1 Dollar = 4.20 Goldmark) **446 500 Mkp.**

Warschauer Vorbörse vom 5. November.

Deutsche Mark —.—. Dollar 1 875 000. Englische Pfund 7 780 000. Schweizer Franken 310 000. Franz. Franken 101 000.

Warschauer Börse vom 3. November.

Devisen:

Belgien	87 500	Paris	101 600—100 000
Berlin und Danzig	—.—	Prag	51 200
London	7 400—7 815—7 700 000	Schweiz	307 500-311 000-307 500
Neuyork	1 705 000—1 750 000	Wien	23,25
Holland	—,—	Italien	78 600
Goldfrank	330 000	Złotybons	225—232

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 5. November 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	3 900 000—4 100 000	Braugerste	2 500 000—2 700 000
Roggen	2 050 000—2 150 000	Weizenkleie	1 400 000
Weizenmehl	6 800 000—7 000 000	Roggenkleie	1 200 000
Roggenmehl (inkl. Säcke)	3 800 000—4 000 000	Hafer	1 700 000—1 900 000
		Eßkartoffeln	780 000—800 000
Gerste	2 000 000	Fabrikkartoffeln	680 000—710 000

Die Marktlage war fortgesetzt unaufgeklärt. — Tendenz: ruhig.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	5. November	3. November
Bank Centralny I.—III. Em.	40 000	—.—
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	60 000—70 000	55 000—65 000
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	58 000—63 000	60 000
Bank Zjednoczenia I.—III. Em.	7000	—.—
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	140 000- 150 000	160 000-120 000 —140 000
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	40 000—45 000	40 000—42 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	15 000—20 000	11 000—15 000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	—,—	6000
Bank M. Stadthagen - Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	40 000	—,—
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em. (exkl. Kup.)	70 000	70 000
R. Barcikowski I.—VI. Em.	25 000—27 500	25 000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	160 000-170 000	150 000
Brzeski Auto I.—III. Em.	—.—	25 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	52 000—50 000	50 000—53 000 —50 000
Centrala Rolników I.—VII. Em.	7000 —6000	6000
Centrala Skór I.—V. Em.	85 000	90 000—85 000
Garbarnia Sawicki. Opalenica I. Em.	30 000	25 000
Goplana I.—II. Em.	60 000	—,—
C. Hartwig I.—VI. Em.	16 000—16 500	16 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	5000	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	250 000	200 000-240 000
Iskra I.—III. Em.	55 000	54 000—53 000
Lubań. Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	2 800 000-3 000 000	2 700 000-2 800 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	1 800 000-1 950 000 —1 850 000	1 750 000-1 800 000
Młyn Poznański I.—III. Em.	——	25 000
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	60 000—62 500	60 000
Młynotwórnia I.—V. Em.	35 000—	35 000
Orient I.—II. Em.	15 000	—,—
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em.	21 000—22 000	20 000
Patria I.—VIII. Em.	—,—	22 000—21 000
Płótno I.—II. Em.	55 000	60 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	65 000	65 000—63 000
Pneumatik I.—III. Em.	7000—8000	—,—
Starogradzka Fabr. Mebli I.-II. Em. exkl. Kup.	25 000	—,—
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	13 000—10 000	15 000
Tri I.—III. Em.	—,—	40 000
„Unja“ (früher Bentzki) I. u. III. Em. ohne Kup.	300 000-365 000	330 000-360 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	150 000	140 000-150 000
Wisla, Bydgoszcz I.—II. Em.	390 000-400 000	350 000-400 000 —350 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	—,—	8500
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	55 000	60 000—55 000

Tendenz: fest.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt. T. A., sämtlich in Poznań.